



► Nr. 2019/07965-01-01
öffentlich

Lübeck, 02.09.2020

Vorlage -öffentlich-

Verantwortliche Bereiche:
4.415 - Archiv

Bearbeitung: Jan Lokers (E-Mail: jan.lokers@luebeck.de Telefon: 122-4150)

Konzept "Wege von Verfolgung und Widerstand in Lübeck" Ergän- zungsantrag zu "Gedenkort Gestapozellen im Zeughaus" VO/2019/07965 und VO/2019/07965-01

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
19.10.2020	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
09.11.2020	Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege	Öffentlich	zur Vorberatung
10.11.2020	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, das Konzept „Wege von Verfolgung und Widerstand in Lübeck“ zu erstellen.
2. Der Hauptausschuss stimmt der Erstellung des Konzeptes durch das Zentrum für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck (ZKFL) in Höhe von 40.000,- EUR zu, wenn die Gesamtfinanzierung sichergestellt ist. Entsprechende Fördermittel sind vorab bei den Lübecker Stiftungen zu beantragen.

Der Eigenanteil der Hansestadt Lübeck beträgt 10.000,- EUR und wird zunächst aus dem laufenden Haushaltsansatz 2021 - Produktsachkonto 111025 000. 5431007 Archiv, Sachverständigen-, Gerichts- u.ä. Kosten - finanziert.

Verfahren:

Bereiche/Projektgruppen	Ergebnis
1.201 Haushalt und Steuerung	

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt:

☐ Ja
☒ Nein-

Begründung:

Die Belange von Kindern und Jugendlichen sind in diesem Projektstadium noch nicht betroffen.

Die Maßnahme ist:

☐ neu

☒	freiwillig
☐	vorgeschrieben durch:
Beschluss des Kulturausschusses vom 19.08.2019 VO 07965-01	

Finanzielle Auswirkungen:

☒	Ja (Anlage 1)
☐	Nein

Auswirkung auf den Klimaschutz:

☒	Nein
☐	Ja – Begründung:

Begründung der Nichtöffentlichkeit
gem. § 35 GO:

--

Begründung:

Der Kulturausschuss hat die Verwaltung in seiner Sitzung vom 19.08.2019 beauftragt, ein Konzept für „Wege von Verfolgung und Widerstand“ oder „Wege der Diktatur“ (Arbeitstitel) in Lübeck zu erarbeiten. Der Auftrag umfasst weiterhin, Erinnerungsorte etc. aufzulisten und eine „Strategie zu möglichst breitangelegter Vermittlungsarbeit“ zu entwickeln. Außerdem soll „eine Liste möglicher Orte des Gedenkens“ erstellt werden

Mit dieser Vorlage werden Vorüberlegungen für ein fundiertes Konzept, ein Weg für die Erarbeitung eines solchen (Kosten- und Finanzierungsplan) sowie die beauftragte Auflistung vorgelegt.

Zum Stand der Erinnerungskultur in Lübeck und ihrer Perspektiven

In der Hansestadt Lübeck wird seit geraumer Zeit an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Anlässen der Herrschaft und Verbrechen des Nationalsozialismus sowie der Opfer des Zweiten Weltkriegs gedacht. Ebenso erinnert die Hansestadt an Bau und Öffnung der Mauer und damit an die Geschichte der deutschen Teilung als Folge des Krieges, insbesondere an die frühere Grenzlage Lübecks im Kalten Krieg.

Diese Erinnerungslandschaft ist allerdings aufgrund einer Vielzahl von Gedenkort, Anlässen und Veranstaltern sehr zerklüftet. Zur besseren Vernetzung besteht seit 2018 das Forum Erinnerungskultur, das auch eng in die konzeptionellen Vorüberlegungen zu dieser Vorlage eingebunden gewesen ist. Weiterhin fehlt neben einer Koordinierung vor allem ein authentischer Lernort, wo eine viele Bürger:innen (auch Touristen) ansprechende Vermittlungs- und Gedenkarbeit stattfinden kann. Es fehlt auch die Erinnerung an all jene, die dagegen waren, ob sie nun bekannt waren, wie z.B. die vier Lübecker Märtyrer oder Willy Brandt, oder ob es sich um unbekannte Regimegegner handelte („Stille Helden“ heißt das Gedenkkonzept in Berlin).¹

Im Vergleich gesehen kommt der Hansestadt Lübeck aus mehreren Gründen eine besondere Bedeutung in der deutschen Erinnerungslandschaft zu:

¹ <https://www.gedenkstaette-stille-helden.de/gedenkstaette/>.

- Lübeck als Stadt, in der es bedeutenden Widerstand gegen den Nationalsozialismus gab (Arbeiterwiderstand, Kirchen und etliche andere)
- Lübeck als regionale Zentrale des NS-Terrors
- Lübeck als „Exporteur“ mehrerer Haupttäter der NS-Verfolgung und des Holocausts²
- Lübeck mit dem einzigartigen Fall der Ermordung von vier Geistlichen
- Lübecks Synagoge überstand (wenn auch geschändet) als eine der wenigen jüdischen Gotteshäuser in Deutschland die Reichspogromnacht
- Lübeck als erstes Ziel für ein Flächenbombardement im Zweiten Weltkrieg
- Lübeck als bedeutender NS-Militär- und Rüstungsstandort
- Lübeck als zentrales Auffangbecken für Verfolgte und Vertriebene sowie Displaced Persons ab 1945
- Lübeck als Grenzort zur DDR und „hotspot“ im Kalten Krieg.

Angesichts aktueller Gefährdungen der Demokratie durch das Erstarken rechtsextremer Aktivitäten³ und die Zunahme politisch motivierter Gewalt (Hanau, Halle z.B.) ist die didaktisch fundierte Erinnerungsarbeit ein aktuelles gesellschaftliches Anliegen. Es gilt, den Wert einer offenen demokratischen Gesellschaft im Unterschied zu totalitären Ideologien zu zeigen und dazu historische Erfahrungen einzubringen. Es gilt ein „Doppeltes Gedenken“ zu etablieren: Eine Erinnerung, die gegenwartsbezogen und zukunftsorientiert ist.

Die Zeit des Nationalsozialismus liegt zwar inzwischen drei Generationen zurück, die Erinnerung an Menschheitsverbrechen, an den Widerstand gegen das Regime, an die Helferinnen und Helfer verfolgter Menschen ist und bleibt ein zentraler Teil der demokratischen Identität Deutschlands.⁴ Der Kampf gegen Antisemitismus und das Gedenken an die NS-Opfer überhaupt ist Teil der deutschen Staatsräson.⁵ Schüler über die Zeit des Nationalsozialismus, über Opfer und Täter aufzuklären, wird jedoch zunehmend schwieriger aufgrund des Fehlens von Zeitzeugen und anderer Faktoren (z.B. fake news in sozialen Medien). Daher sind auch authentische Orte, wie das Burghaus und das Zeughaus, für die Erinnerungsarbeit von größter Bedeutung.

Seit Schließung des Burghaus-Museums (bzw. dessen Überführung in andere Regie), wo aktive Gedenkarbeit am gegebenen Ort (Gerichtssaal/Zellen) geleistet wurde, gibt es keinen zentralen authentischen und aktiven Erinnerungsort in Lübeck mehr. Authentische Orte können als Koordinations-, Forschungs-, Lern- und Diskussionsorte fungieren, sie können Demokratieerziehung leisten. Zugleich sind sie Zeichen dafür, dass auch Kommunen (vgl. etwa Kiel und Mannheim⁶) sichtbar und mit Breitenwirkung Verantwortung für ihre NS-Geschichte übernehmen.

Die als Anlage 2 beigefügte Informationssammlung zu Gedenkveranstaltungen und Gedenkorten versteht sich als erster Schritt hin zu einem solchen Konzept der Hansestadt. Sie ist offen für Ergänzungen und erhebt nicht den Anspruch auf absolute Vollständigkeit. Die Auflistung könnte den Eindruck vermitteln, dass doch eigentlich schon genug vorhanden und getan worden sei. Dieser Anschein trügt jedoch, da die meisten Orte und Anlässe vielen gar nicht bekannt sind und erst durch aktive Erinnerungsarbeit und Demokratiebildung zum Sprechen

² Bürgermeister Drechsler und Polizeichef Böhmcker. Klaus Bästlein, Das „Reichskommissariat Ostland“ unter Schleswig-Holsteinischer Verwaltung und die Vernichtung der europäischen Juden, in: Beirat für Geschichte (Hrsg.): 50 Jahre, S. 65-85.

³ Siehe zum Beispiel den Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz:

<https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-rechtsextremismus/zahlen-und-fakten-rechtsextremismus>.

⁴ Landesgedenkstättenkonzept Schleswig-Holstein v. April 2015 (<https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/G/gedenkstaetten/Downloads/gedenkstaettenkonzept.html>).

⁵ Bundesministerium des Innern: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2017/09/definition-antisemitismus.html>.

⁶ Kiel: <https://www.kn-online.de/Kiel/Kiel-Zentrum-zur-Geschichte-Kiels-im-20.-Jahrhundert-im-Stadtarchiv>;

Mannheim: <https://www.marchivum.de/de/ns-dokumentation/ns-dokumentationszentrum>.

gebracht werden müssen, um für unsere demokratische Gesellschaft wirklich positiv wirken zu können.

Eine „Strategie zu möglichst breitangelegter Vermittlungsarbeit“ (s.o.) sollte auf einem fundierten didaktischen Konzept beruhen, dass neben dem wissenschaftlich-didaktischen Teil verschiedene praktische Fragen beantwortet und Umsetzungsvorschläge unterbreitet, z.B.:

- an einem authentischen Ort
- Zentrale Themen, Inhalte und Anliegen
- Koordinierung mit landesweiten Ansätzen.

Im Grundlagenkonzept wird die von der Politik vorgeschlagene App „Wege der Verfolgung und des Widerstandes“ auf Basis des Rahmenkonzeptes zur digitalen Strategie der Hansestadt Lübeck ([VO/2020/08509](#)) weiterentwickelt. Die Hansestadt Lübeck wirkt demnach darauf hin, digitale Angebote zu bündeln um Nutzer:innen nicht mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Anwendungen zu überfordern. Das strategische Ziel wonach die Hansestadt Lübeck beabsichtigt, digital vorhandene Daten von Kulturgütern für Interessierte bedarfsgerecht aufzubereiten wird damit ebenfalls verfolgt. Zusätzlich werden bisher nicht digital vorhandene Daten von Kulturgütern und Erinnerungsorten digitalisiert und öffentlich bereitgestellt. Das vom Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat als Modellprojekt Smart City geförderte digitale Kulturwerk Lübeck wird eingebunden.

Die Konzepterstellung hat das Ziel, mit externem Sachverstand und auf professioneller Distanz zu prüfen, wie das „doppelte Gedenken“ in Lübeck auf eine neue Basis gestellt werden kann. Es soll eine seriöse Grundlage für die politischen Diskussionen und Entscheidungen schaffen.

Partner:

Das Zentrum für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck (ZKFL, www.zkfl.de) hat sich bereit erklärt, die Erstellung eines solchen Konzepts organisatorisch in die Hand zu nehmen und wissenschaftlich zu begleiten. Außerdem hat das ZKFL eine bedeutende Teilfinanzierung der Konzepterstellung in Höhe von 15.000 EUR in Aussicht gestellt. Es gibt darüber hinaus weitere erste Finanzierungszusagen (siehe dazu die [Anlage 3](#)).

Das ZKFL ist ein Zentrum der Universität zu Lübeck in Partnerschaft mit der Hansestadt Lübeck.

Mitglieder des ZKFL sind seitens der Universität das Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung (IMGWF), das Institut für Multimediale und interaktive Systeme (IMIS), das Institut für Sozialmedizin und Epidemiologie sowie das Institut für Psychologie (IPSY).

Seitens der Stadt gehören zum ZKFL die Kulturstiftung LÜBECKER MUSEEN, das Archiv der Hansestadt Lübeck, die Stadtbibliothek sowie der Bereich Archäologie und Denkmalpflege der Hansestadt Lübeck.

Dem entsprechend besitzen einzig die im ZKFL vertretenen Institutionen, die fachliche Expertise für die Begleitung und Evaluierung der Konzepterstellung.

Weiteres Vorgehen:

Die Erarbeitung des Konzepts soll im Laufe des Jahres 2021 realisiert werden. Hierzu werden im zweiten Halbjahr 2020 die erforderlichen Fördergelder durch das ZKFL eingeworben. Anschließend wird – voraussichtlich im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung – eine fachlich geeignete Person gewonnen (spätestens bis Ende März 2021). Die Entwicklung der Studie wird institutionell am ZFKL angesiedelt und von einem kleinen Fachbeirat mit histori-

scher und Lübeck-Kompetenz begleitet. Die Studie soll im Herbst 2021 vorliegen und den Gremien vorgestellt werden.

Anlagen:

1. Finanzielle Auswirkungen
 2. Überblick über vorhandene Gedenkorte, -anlässe und Träger/Initiativen der Gedenkkultur in Lübeck
 3. Grundlagen der Konzepterarbeitung sowie Kosten- und Finanzierungsplan
- Literatur zur Erinnerungskultur in Lübeck

Bürgermeister Jan Lindenau